

Thema Oberschule in Bramsche endgültig vom Tisch

09.12.2016, 10:34 Uhr zuletzt aktualisiert am 9.12.2016



So voll wie selten war der Ratssitzungssaal bei der Diskussion über die Einführung der Oberschule. Fotos: Heiner Beinke

Bramsche. Freude und Genugtuung auf der einen Seite, Fassungslosigkeit auf der anderen: Selten hat ein Ratsbeschluss so viele und so unterschiedliche Emotionen ausgelöst wie der zur Oberschule am Donnerstagabend. Diese Schulform, in der Haupt- und Realschule aufgehen sollten, wird es nun in Bramsche nicht geben. Beide Schulen bleiben selbstständig, mit sehr unterschiedlichen Zukunftsperspektiven.

In den vollbesetzten Zuschauerreihen brach Jubel aus, als die Ratsvorsitzende Roswitha Brinkhus am Donnerstag gegen 22.20 Uhr

das [Ergebnis der Abstimmung](#) verkündete: Für den Antrag der [SPD](#) auf Einrichtung der Oberschule stimmten 19 Ratsmitglieder, dagegen ebenfalls 19. Ein Ratsmitglied hatte sich enthalten. Damit hatte der Antrag keine Mehrheit, das Thema Oberschule ist vom Tisch, und zwar dauerhaft, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Oliver Neils betonte: Es werde von seiner Partei keine weiteren Anträge zu dem Thema geben, sagte er unmittelbar nach der Bekanntgabe. „Das ist gelebte Demokratie“ würdigte er die geheime Abstimmung, die gezeigt habe, dass es keinen Fraktionszwang gebe.

Unerwarteter Ausgang

Tapfer ertrug der Fraktionsvorsitzende damit eine [Abstimmungsniederlage](#) , mit der niemand gerechnet hatte. Eigentlich galt es als ausgemacht, dass der Antrag mit den 20 Stimmen von SPD und Linken eine hauchdünne Mehrheit haben würde. Doch irgendjemand aus diesem Block hat sich offenbar enthalten. Unwahrscheinlich, dass es einer der beiden Linken im Stadtrat gewesen ist: Sowohl Bernhard Rohe als auch Josef Riepe hatten sich in der zweistündigen Debatte für die Oberschule stark gemacht.

Emotionale Debatte

Noch einmal waren in dieser emotionalen Debatte die [verschiedenen Standpunkte](#) deutlich geworden: SPD und Linke sehen in der Oberschule aufgrund der Schülerzahlen die einzige Möglichkeit, ein stabiles dreizügiges System neben der Integrierten Gesamtschule (IGS) zu etablieren. Andernfalls wäre die Hauptschule alleine auf Dauer nicht lebensfähig. CDU und Grüne kritisieren dagegen, dass neben die IGS ein weiteres integratives Schulmodell gestellt werden soll. So bleibe die freie Schulwahl der Eltern auf der Strecke, zudem

werde mit der Realschule eine überaus erfolgreiche Schule ohne Not zerschlagen.

Ein bemerkenswert differenziertes Bild bot die FDP als künftiger Koalitionspartner der SPD: Annette Staas-Niemeyer positionierte sich klar gegen die Oberschule, Jan Beinke ließ Verständnis und ein bisschen Sympathie für diese Schulform durchblicken. Und Jürgen Kieseckamp als dritter Liberaler betonte, die Schulfrage sei in den Koalitionsgesprächen „bewusst ausgegliedert“ worden, weil dies sehr persönliche Entscheidungen seien.

Dauerthema

Die Positionen beider Seiten, so hatte Annegret Christ-Schneider (SPD) betont, stünden seit drei Jahren unverändert fest. Auch im Wahlkampf sei das von allen Beteiligten immer wieder herausgestellt worden. Daher gebe es auch keinen weiteren Erörterungsbedarf. Das sahen die anwesenden Schüler, Eltern und Lehrer von der Realschule aber ganz anders. Sie fühlten sich von der Entwicklung überrumpelt und unzureichend informiert, wie in einer der ungewöhnlichsten Einwohnerfragstunde des Stadtrates deutlich wurde. Rund eine Stunde lang nutzten sie die Gelegenheit, kritische Fragen zu stellen, die aber weitgehend ausweichend beantwortet wurden: Für die Verwaltung verwies der Erste Stadtrat Ulrich Willems darauf, dass es sich um eine politische Entscheidung handele, deren Gründe erst in der folgenden Debatte genannt würden. Vertreter der Fraktionen antworteten weitgehend nicht auf die Fragen.

„Demokratische Entscheidung“

Mehrfach war in dieser Fragestunde auch bezweifelt worden, dass der Stadtrat überhaupt die Kompetenz und Legitimation habe, diese Frage zu entscheiden. Davon war nach der Entscheidung nicht mehr

die Rede. Hauptschulleiterin Sandra Castrup, die die Debatte ebenfalls im Ratssaal verfolgte, stellte am Freitag klar, dass sie solche Überlegungen nicht anstellt: „Das sind unsere gewählten Vertreter. Das ist eine demokratische Entscheidung, das muss man akzeptieren“, sagte sie. Und fügte hinzu: „Jetzt müssen wir das Ganze erst einmal sacken lassen“.

Das muss auch Ulrich Willems. Der Erste Stadtrat hatte am Ende der Debatte deutlich gemacht, warum für ihn die Oberschule die sinnvollste Lösung ist. Nun muss er dafür sorgen, dass die Stadt als Schulträger für Haupt- und Realschule die bestmöglichen Bedingungen am Standort Heinrichstraße schafft. Erste Aufträge für die Schaffung weiterer Räume waren in der Ratssitzung schon vor der Oberschul-Debatte vergeben worden. Weitere bauliche Maßnahmen, vor allem für die erforderlichen Nebenräume müssten folgen. Doch da seien jetzt erst noch Detailplanungen erforderlich.

Abwärtsspirale Das unter anderem von Imke Märkl (CDU) gemalte Bild einer idyllischen, kleinen Hauptschule, die sich intensiv um ihre Schützlinge kümmern könne, hält Willems indes für vollkommen unrealistisch: Mit sinkenden Schülerzahlen verliere die Hauptschule an Lehrerstunden, es drohe eine Abwärtsspirale. Das könne die Stadt aus eigenen Mitteln weder finanziell noch rechtlich auffangen.